

Unterrichtung

durch die Delegation der Interparlamentarischen Gruppe
der Bundesrepublik Deutschland

über die Interparlamentarische Sonderkonferenz
„Auf dem Weg zur Partnerschaft zwischen Männern und Frauen in der Politik“
vom 14. bis 18. Februar 1997 in Neu Delhi

I. Teilnehmer

Der Delegation, die der Deutsche Bundestag zur Interparlamentarischen Sonderkonferenz mit dem Thema „Auf dem Weg zur Partnerschaft zwischen Männern und Frauen in der Politik“ entsandt hat, gehörten folgende Mitglieder an:

Abg. Leni Fischer (Unna) (CDU/CSU), Leiterin der Delegation

Abg. Wolf-Michael Catenhusen (SPD)

Abg. Hans Raidel (CDU/CSU)

Abg. Ulla Schmidt (Aachen) (SPD)

Anläßlich der genannten Sonderkonferenz trafen 240 Parlamentarierinnen und Parlamentarier – davon 121 Männer und 119 Frauen – aus 78 der derzeit 135 Mitgliedsländer der Interparlamentarischen Union in Neu Delhi zusammen. Darüber hinaus waren Abgeordnete verschiedener regionaler Parlamente sowie Vertreter zahlreicher nationaler und internationaler Organisationen und interparlamentarischer Gremien wie auch Repräsentanten einer Reihe von Nicht-Regierungsorganisationen zugegen.

Die Interparlamentarische Union und das indische Parlament als Gastgeber hatten die Bildung paritätisch besetzter Delegationen angeregt. Dieser Anregung sind die nationalen Gruppen weitestgehend gefolgt – lediglich vier Länder reisten ohne eine Frau in ihrer Delegation an. Auch in politischer Hinsicht repräsentierten die Konferenzteilnehmer ein breites Spektrum unterschiedlicher Ansichten. Durch sie waren 133 politische Parteien bei der Konferenz vertreten; neun Teilnehmer waren Unabhängige.

II. Ablauf der Konferenz

1. Freitag, den 14. Februar 1997

Die **feierliche Eröffnung** der Interparlamentarischen Sonderkonferenz „Auf dem Weg zur Partnerschaft

zwischen Männern und Frauen in der Politik“ fand am 14. Februar 1997 im prächtig geschmückten Vigyan Bhawan statt.

Anläßlich der Eröffnungssitzung hielten die stellvertretende Vorsitzende des indischen Oberhauses (Rajya Sabha), Dr. Najma Heptulla, der Sprecher des indischen Unterhauses (Lok Sabha) und Präsident der indischen Gruppe in der Interparlamentarischen Union, Shri P. A. Sangma, der Präsident des Interparlamentarischen Rates, Dr. Ahmed Fathy Sorour, der indische Vizepräsident und Vorsitzende des Rajya Sabha, Shri K. R. Narayanan, sowie der indische Präsident Dr. Shanker Dayal Sharma kurze Ansprachen. Darüber hinaus verlas die Unter-Generalsekretärin der Vereinten Nationen, Angela King, ein Grußwort des Generalsekretärs der Vereinten Nationen.

2. Samstag, den 15. Februar 1997

a) Zu Beginn der **ersten Plenardebatte** am 15. Februar 1997 wurde der Sprecher des indischen Unterhauses (Lok Sabha), Shri P. A. Sangma, zum Konferenzpräsidenten gewählt, die stellvertretende Vorsitzende des indischen Oberhauses (Rajya Sabha), Dr. Najma Heptulla, zu seiner Stellvertreterin.

Anschließend legten vier hochrangige Persönlichkeiten des politischen Lebens mit ihren Vorträgen die Grundlage für die weitere Diskussion. Es handelte sich insoweit um den namibischen Präsidenten Sam Nujoma, die Premierministerin Bangladeschs, Sheikh Hasina, die frühere Präsidentin Islands, Vigdis Finnbogadóttir, die Unter-Generalsekretärin der Vereinten Nationen, Angela King, in ihrer Funktion als „special adviser on gender issues and the advancement of women“ und die tunesische Abgeordnete Faiza Kéfi in ihrer Eigenschaft als Vorsitzende des Koordinierungsausschusses für das Treffen der Parlamentarierinnen der IPU.

- b) Am **Nachmittag** des 15. Februar 1997 fand ein **„Round Table“ mit den Medien** über das Bild bzw. die Darstellung der Frau als Politikerin in den Medien statt.

Hierzu hatten die Konferenzveranstalter jeweils vier Vertreterinnen und Vertreter der Politik einerseits und der Medien andererseits eingeladen, denen die das Round Table-Gespräch leitende Präsidentin des schwedischen Reichstages, Birgitta Dahl, eingangs folgende Fragen stellte: „Werden Politikerinnen in den Medien anders behandelt als Politiker?“ und „Sind die Medienstrukturen und Journalisten im allgemeinen ein Hindernis für Politikerinnen?“

Die Antworten fielen unterschiedlich aus. Die Mehrheit der auf dem Panel vertretenen Personen vertrat jedoch die Ansicht, daß Politikerinnen in den Medien in aller Regel schlechter dargestellt würden als ihre männlichen Kollegen und daß die Presse sich tendenziell bei Frauen in der Politik viel mehr für pikante Details aus ihrem Privatleben interessiere und diese in Klatschgeschichten umsetze, während männliche Politiker häufig als kluge und umsichtige Staatsmänner portraitiert würden. Der spanische Abg. Martinez faßte es dahin gehend zusammen, daß die Vorstellungen vieler Journalisten von der Rolle der Frauen in der Politik nach wie vor als „machomäßig“ zu beschreiben seien.

Einig waren sich alle IPU-Delegierten darin, daß der Presse bei der Förderung von Politikerinnen ein ganz wesentlicher Anteil zufalle. Eine Abgeordnete des sambischen Parlaments brachte dies treffend zum Ausdruck: „Sie können uns aufbauen oder zerstören.“ Die versammelten IPU-Delegierten richteten insoweit an die in fast allen Ländern der Welt männlich dominierten Medien den Appell, in Zukunft zumindest Frauen als ebenso kompetent wie ihre männlichen Kollegen darzustellen und ihre Tendenz, das, was Politikerinnen sagten, zu ignorieren oder weniger wichtig zu nehmen, aufzugeben.

Da die Konferenzteilnehmer – über eine Bestandsaufnahme und Analyse der bestehenden Verhältnisse hinaus – auch Wege zur Erreichung des von ihnen gemeinsam bestimmten Ziels aufzeigen wollten, wurden eine Reihe konkreter Vorschläge unterbreitet, die dazu beitragen könnten, Bild und Darstellung der Frau als Politikerin in den Medien zu verbessern. Diese Vorschläge umfaßten z. B. die Fortbildung von Politikerinnen im Umgang mit Öffentlichkeitsarbeit, die Förderung von Journalistinnen, die eigene Zeitungen gründen wollen, die Durchführung von public relations-Veranstaltungen zum Bild der Frau als Politikerin in den Medien durch Parlamente und politische Parteien und einen Preis, der jährlich an diejenigen Presseorgane verliehen werden sollte, die Politikerinnen und Politiker in ihrer Berichterstattung tatsächlich gleich behandeln.

Die deutsche Abg. **Leni Fischer** regte an, die IPU solle eine neue Studie zum Bild bzw. der Darstellung der Frau in den Medien in Angriff nehmen. Des weiteren schlug sie vor, in Fortführung des ge-

lungenen Experiments von Juni 1996 eine weitere gemeinsame Konferenz von IPU und UNESCO durchzuführen, und zwar diesmal zur Partnerschaft von Männern und Frauen im kulturellen und religiösen Leben.

Die deutschen Abgeordneten nutzten die Nachmittagsveranstaltung auch zum direkten Kontakt mit den Journalisten. So gab Abg. Fischer einer Vertreterin der indischen Presse ein Interview. Abg. Fischer, Abg. Schmidt und Abg. Catenhusen führten darüber hinaus gemeinsam ein ausführliches Gespräch über Hintergründe und bisherigen Verlauf der IPU-Sonderkonferenz mit den in Neu Delhi tätigen Korrespondenten der Frankfurter Allgemeinen Zeitung sowie der Frankfurter Rundschau.

3. Sonntag, den 16. Februar 1997

Am 16. Februar 1997 fanden zwei große **thematische Diskussionen** statt, vormittags eine zur **Schulung von Frauen für Politik und Wahlkampf** und nachmittags eine zur **Finanzierung des Wahlkampfes von Frauen**.

- a) Die von der tunesischen Abg. Faiza Kéfi moderierte **Vormittagsveranstaltung** begann mit zwei Grundsatzreden der Britin Leslie Abdela (Project Parity, Mitbegründerin der All-Party 300 Group) und der Philippinin Rosa Linda Miranda (Executive Director des Center for Asia-Pacific Women in Politics).

Beide waren sich darin einig, daß Frauen, um in der Welt der Politik bestehen zu können, der gezielten Ermutigung und Unterstützung wie auch der Schulung und Förderung bedürften. Dies gelte auf allen Ebenen vom grundlegenden „empowerment training“ für Frauen, die sich mit dem Gedanken tragen, in die Politik einzusteigen, über das „intermediate training“ für Frauen, die diesen Einstieg bereits vollzogen haben und für die es nunmehr um das Erlangen und die erfolgreiche Ausübung eines Amtes oder Mandates geht, bis hin zu „advanced courses“ für Frauen, die an der Schwelle zum Erlangen von Macht und Einfluß stehen. Sinnvoll sei auch der Aufbau eines „Mentorensystems“. Zwar wäre es wünschenswert, daß im Rahmen dieses Systems in erster Linie Frauen, die es bereits geschafft hätten, andere, die die Absicht hätten, in die Politik einzusteigen, unterstützten; da es aber zu wenige Frauen gebe, die als Mentorinnen fungieren könnten, kämen als Mentoren auch Männer in Frage, die die Vision von einer gleichberechtigten Partnerschaft zwischen Männern und Frauen in der Politik teilten.

In der sich anschließenden Debatte stimmten alle Delegierten darin überein, daß Schulungsmaßnahmen zwar grundsätzlich für Männer und Frauen in der Politik erforderlich seien, Frauen aber zusätzlicher und gezielter Schulungs- und Förderungsmaßnahmen bedürften, um tatsächlich gleiche Chancen wie die Männer zu haben. Dabei müßten diese Maßnahmen möglichst frühzeitig einsetzen und auch darauf ausgerichtet sein, Frauen das erforderliche Selbstbewußtsein und die nötige

Selbstsicherheit zu vermitteln. Darüber hinaus müßten sie ihnen aufzeigen, wie die für den politischen Erfolg erforderliche moralische, materielle und logistische Unterstützung in den politischen Parteien wie auch in informellen Netzwerken zu erhalten ist. Schulungsmaßnahmen müßten von den politischen Parteien, aber auch von Universitäten, Nicht-Regierungsorganisationen und gesellschaftlichen Vereinigungen wie auch den Parlamenten angeboten werden. Thematisch sollten sie einerseits das notwendige „politische Handwerkzeug“ vermitteln, andererseits aber auch zur Beseitigung von Rollenstereotypen beitragen und die Erkenntnis fördern, daß es sich bei Frauenrechten um Menschenrechte handelt und eine Gesellschaft, in der Frauen – und damit zumeist mehr als die Hälfte der Bevölkerung eines Landes – von der Macht ausgeschlossen sind, keine wirklich demokratische Gesellschaft ist.

Konkret wurde die Erstellung eines Kompendiums gefordert, das weltweit alle Institutionen, die politische Schulungen für Frauen anbieten, auflistet. Gleichmaßen wurde die Erstellung von Schulungsbüchern oder Modulen für Politikerinnen vorgeschlagen.

- b) In der von der kanadischen Abgeordneten Sheila Finestone moderierten **Nachmittagsveranstaltung** ging es um die **Finanzierung des Wahlkampfes von Frauen**. Die französische Abg. Roselyne Bachelot und der südafrikanische Abg. Jomo Khasu bereiteten mit ihren Grundsatzreden den Boden für die folgende sehr lebhafte und fruchtbare Diskussion.

Abg. Bachelot wies darauf hin, daß Frauen, obwohl sie die Hälfte der Menschheit repräsentieren, weltweit gerade einmal ein Prozent des Eigentums besitzen und selbst in Ländern mit einem hohen Lebensstandard nach wie vor im Hinblick auf Einkommen und Karrierechancen benachteiligt sind. Dies lege den Schluß nahe, daß spezielle Maßnahmen (affirmative action) erforderlich seien, um die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen am öffentlichen Leben zu fördern. In diesem Zusammenhang unterbreitete sie eine Reihe konkreter Vorschläge, die allesamt Eingang in die Schlußerklärung gefunden haben.

Ihr Kollege Khasu wies darauf hin, daß die Frage der Finanzierung des Wahlkampfes von Frauen zwar sicherlich eine sehr wichtige Angelegenheit sei, andererseits aber auch nicht isoliert gesehen werden dürfe. Im Endeffekt gehe es darum, eine Sensibilisierung für Frauenfragen zu bewirken und allgemein sicherzustellen, daß öffentliche Gelder in einer das Vorankommen und den Erfolg von Frauen nicht beeinträchtigenden, sondern fördernden Art und Weise eingesetzt werden. Hierzu aber bedürfe es einer vielschichtigen und koordinierten Gesamtstrategie, die sich nicht auf die Zeit unmittelbar vor einer Wahl beschränken dürfe, sondern darauf abzielen müsse, Frauenfragen kontinuierlich und als integralen Bestandteil aller politischen Bereiche auf die Tagesordnung zu bringen. Auch müßten die politischen Institutionen selbst transformiert und die gegenwärtig exi-

stierenden patriarchalischen und entfremdeten Vorstellungen von Macht, Werten und Kultur geändert bzw. neu definiert werden.

Der deutsche Abg. **Wolf-Michael Catenhusen** wies darauf hin, daß die Finanzierung des Wahlkampfes gerade für Frauen ein großes Problem darstelle. Insbesondere die wachsende Bedeutung elektronischer Medien mache eine Wahlkampagne immer teurer, was insbesondere diejenigen benachteilige, die nicht über die entsprechenden finanziellen Mittel verfügten. Dieses gelte für Frauen in stärkerem Maße als für Männer. Insoweit stelle er sich die Frage, ob nicht Männern und Frauen im Wahlkampf ein freier, gleichzeitig aber geregelter Zugang zu Radio und Fernsehen eröffnet werden sollte. Zum anderen halte er die in Deutschland praktizierte Regelung einer staatlichen Wahlkampfkostenerstattung für eine gute Sache, zumal sie vor allem auch Frauen zugute komme. Auch die Gründung von Frauenorganisationen innerhalb der Parteien könne sich positiv auswirken, da aus diesen Unterorganisationen heraus Frauen in ihrem Wahlkampf – auch finanziell – unterstützt werden könnten. Schließlich wäre es seines Erachtens auch überlegenswert, ein System einzuführen, wie es in seiner Partei in Deutschland bereits praktiziert werde. Demnach zahle jedes Mitglied seiner Fraktion 250 DM im Monat in einen gemeinsamen Fonds. Aus diesem Fonds erhalte jeder Kandidat und jede Kandidatin in seinem bzw. ihrem Bezirk vor den nächsten Wahlen einen bestimmten Betrag zur Finanzierung des Wahlkampfes.

Die Vorschläge des Abg. Catenhusen finden sich insoweit in der Abschlusserklärung wieder, als auch dort die zumindest teilweise öffentliche Finanzierung von Wahlkampagnen gefordert wird.

Ein weiterer Vorschlag, den auch die deutsche Abg. **Ulla Schmidt** – insoweit unterstützt von Abg. Fischer und Abg. Catenhusen – an anderer Stelle während der Konferenz erhoben hat, bezog sich darauf, die Auskehrung von öffentlichen Mitteln an politische Parteien so auszugestalten, daß sie für die Parteien einen Anreiz zur stärkeren Berücksichtigung von Frauen bieten, z. B. dergestalt, daß die Höhe eines Wahlkampfkostenzuschusses bzw. einer entsprechenden Rückerstattung an den Prozentsatz der von der Partei aufgestellten Kandidatinnen bzw. der von ihr ins Parlament entsandten Frauen gekoppelt wird. Darüber hinaus könne in der finanziellen Unterstützung der Fraktionen eine zusätzliche Prämie vorgesehen werden, die von dem Prozentsatz der weiblichen Fraktionsmitglieder abhängt. Schließlich forderten die Delegierten, daß politische Parteien grundsätzlich mindestens ein Drittel ihrer Kandidatenplätze an Frauen vergeben und diesen auch mindestens ein Drittel ihrer Wahlkampffressourcen zuordnen sollten. Darüber hinaus sollten politische Parteien und internationale Finanzinstitutionen wie z. B. die Weltbank spezielle Fonds errichten, aus denen Frauen finanzielle Zuschüsse oder zumindest zinsfreie Darlehen für ihren Wahlkampf erhalten könnten. Auch die Gründung von Stiftungen zur

Finanzierung der Wahlkämpfe von Frauen sei zu begrüßen und weiterzuentwickeln.

4. Montag, den 17. Februar 1997

Am Montagvormittag fanden zeitgleich sechs regionale Workshops statt.

Innerhalb der Interparlamentarischen Union existieren sechs geopolitische Gruppen: die der afrikanischen Staaten, die der arabischen Staaten, die der asiatischen und pazifischen Staaten, die der lateinamerikanischen Staaten, die der mittel- und osteuropäischen Länder und die der Zwölf plus, wobei es sich bei der Gruppe der Zwölf plus um den Zusammenschluß der damals zwölf EG-Mitgliedstaaten mit Mitgliedsländern des Europarates und anderen Staaten handelt. Voraussetzung der Zugehörigkeit zu dieser Gruppe ist, daß sich die ihr angehörigen Staaten zur Mehrparteiendemokratie und anderen in der Europäischen Menschenrechtskonvention niedergelegten demokratischen Prinzipien bekennen.

Alle sechs Workshops dienten gleichermaßen dem Ziel, innerhalb einer relativ homogenen Gruppe praktische Erfahrungen auszutauschen und Vorschläge zu entwickeln, wie eine ausgeglichene Verteilung der politischen Verantwortung zwischen Männern und Frauen erreicht werden könnte.

Der Workshop der Gruppe der Zwölf plus wurde von der deutschen Delegationsleiterin, Abg. **Leni Fischer**, moderiert. Die beiden Grundsatzreferate wurden hier von dem griechischen Abgeordneten und Vizepräsidenten des Europäischen Parlaments, Georgios Anastassopoulos, und der Österreicherin Irene Freudenschuss-Reichl (Vorsitzende einer der zwei Kommissionen der IV. Weltfrauenkonferenz in Peking) gehalten.

Abg. Anastassopoulos erinnerte an die IV. Weltfrauenkonferenz in Peking und eine ihrer Hauptschlußfolgerungen, die in der Erkenntnis bestand, daß Frauenrechte einen unveräußerlichen, integralen und unteilbaren Bestandteil der Menschenrechte und grundlegenden Freiheiten darstellten. Gleiche Chancen und gleiche Rechte von Männern und Frauen seien lebenswichtig für das Wohlergehen unserer Gesellschaften und damit auch der Demokratie. Das Fehlen einer ausgeglichenen Repräsentation von Männern und Frauen in den Parlamenten und im politischen Leben allgemein bewirke ein großes demokratisches Defizit. Dieses zu beheben, müsse gemeinsames Ziel und gemeinsame Anstrengung aller in Neu Delhi versammelten Delegierten sein, wobei er an jeden Parlamentarier und jede Parlamentarierin appellieren wolle, nach der Rückkehr in ihre Heimatländer aktiv und nachdrücklich sowie überzeugt und überzeugend die Sache der Frauen zu vertreten und zu fördern.

Frau Freudenschuss-Reichl ihrerseits erinnerte an zwei Konferenzen in den Jahren 1994 und 1995, nämlich die Vorbereitungskonferenz der ECE für die IV. Weltfrauenkonferenz (Wien, Oktober 1994) und die Konferenz des Europarates zu dem Thema „Gleichheit und Demokratie – Utopie oder Heraus-

forderung“ (Straßburg, 9. bis 11. Februar 1995). Beide Konferenzen seien mit einer Reihe von Forderungen abgeschlossen worden, die nach wie vor aktuell seien und zum größten Teil noch auf eine Umsetzung warteten. Um die ungleichen Chancen von Männern und Frauen nachhaltig auszugleichen, gelte es, diejenigen Faktoren herauszustellen, die sich als Haupthindernisse für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen mit Männern am politischen Leben erwiesen. Die irische Präsidentin Mary Robinson habe bei der vorgenannten Konferenz des Europarates folgende vier Haupthindernisse benannt: Kultur, Vertrauen, Kinder und Geld (im Englischen die vier Cs: culture, confidence, children, cash). Ihrer Ansicht nach könnten diese Hindernisse nur mit Hilfe positiver Diskriminierungsmaßnahmen zugunsten von Frauen überwunden werden. Aber es liege auch an den Frauen selbst, initiativ zu werden. Ein gutes Beispiel hierfür biete eine Aktion, zu der sich in ihrem Heimatland Österreich eine überparteiliche Gruppe von Frauen zusammengefunden habe mit dem Ziel, ein Frauenreferendum herbeizuführen. Dieses Referendum, das nunmehr im April 1997 stattfinden werde, enthalte die Forderung nach besseren Chancen für Frauen am Arbeitsplatz, einer hinreichenden Zahl guter Kinderbetreuungsmöglichkeiten und einem gerechteren Rentensystem. Ihres Erachtens könne das Referendum dafür sensibilisieren, daß im wirtschaftlichen Bereich nach wie vor eine große Ungleichheit zwischen Männern und Frauen herrsche, die ihrerseits wiederum in erster Linie aus der ungerechten Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit zwischen Frauen und Männern resultiere. Solange sich hier nichts Grundlegendes ändere, werde es auch schwierig sein, für eine gleichberechtigte Repräsentation von Frauen im politischen Leben zu sorgen.

An der sich an die beiden Vorträge anschließenden äußerst lebhaften Diskussion beteiligte sich von deutscher Seite auch Abg. **Ulla Schmidt**. Sie wies darauf hin, daß zur Beseitigung der Diskriminierung von Frauen parlamentarische Initiativen sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene erforderlich seien, um den entsprechenden rechtlichen Rahmen zu schaffen. Insbesondere aber müsse man auch bei den nationalen Parteien ansetzen, da sie über Kandidaturen und Listenrangfolgen entschieden, welche wiederum eine wichtige Rolle für die Repräsentation von Frauen im Parlament spielten. Insoweit spreche sie sich dafür aus, in den politischen Parteien ein Quotensystem zu etablieren, das Männern und Frauen auf allen Ebenen der Parteihierarchie eine gleichberechtigte Vertretung gewährleistet. Auch greife sie gerne einen der am Vortag im Rahmen der thematischen Diskussion zur Finanzierung des Wahlkampfes von Frauen unterbreiteten Vorschläge auf und unterstütze nachdrücklich die Forderung, die Höhe des Wahlkampfkostenzuschusses bzw. einer entsprechenden Rückerstattung an den Prozentsatz der von einer Partei aufgestellten Kandidatinnen bzw. der von ihr ins Parlament entsandten Frauen zu koppeln: „Mehr Frauen – mehr Geld.“ Was die Frage des Geldes betreffe, so halte sie es auch für wichtig, den gegenwärtigen Zustand zu überwinden, in dem fast ausschließlich Männer über Prioritäten in der Verwendung finanzieller Mittel entschieden. Es müsse dafür gesorgt werden, daß nicht nur auf der

nationalen Ebene, sondern auch in allen internationalen Organisationen und Institutionen (wie z. B. der Europäischen Kommission, den Vereinten Nationen und der Weltbank) – und hier wiederum gerade in den höheren Positionen – Männer und Frauen gleichermaßen vertreten seien. Nur so könne gewährleistet werden, daß die Interessen und Bedürfnisse von Frauen bei wichtigen Entscheidungen insbesondere auch über die Zuweisung entsprechender Finanzmittel gleichberechtigt beachtet würden. Sehr wichtig sei es, die Situation von Frauen auf dem Arbeitsmarkt sowie hinsichtlich Bildung, Ausbildung und Weiterbildung zu verbessern. Insoweit wolle sie den männlichen Delegierten der Konferenz, von denen viele wahrscheinlich auch Väter seien, mit auf den Weg geben, daß eine gute Ausbildung die beste Mitgift für ihre Töchter sei. Erforderlich seien auch Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie und die Bereitschaft der Männer, sich auf eine faire Teilung von Arbeit, Einkommen und Verantwortlichkeiten in Beruf und Familie einzulassen. In diesem Zusammenhang richtete Abg. Schmidt an die männlichen Delegierten den nachdrücklichen Appell, vor einem neuen Gesellschaftsvertrag, der eine neue und gleiche Verteilung der Chancen zwischen Männern und Frauen beinhalte, keine Angst zu haben, sondern ihn auch für sich als Chance zu begreifen, da er ihnen sicherlich neue Einsichten und Perspektiven vermitteln werde.

Die insgesamt sehr fruchtbar und unter großer Beteiligung verlaufene Diskussion faßte Abg. **Fischer** anschließend wie folgt zusammen:

Regionaler Workshop der 12 Plus – 17. Februar 1997
Bericht der Moderatorin,
Frau Abg. Leni Fischer (Deutschland)

Die Debatte in dem regionalen Workshop der 12 Plus wurde eingeleitet von zwei Gastrednern, die beide die Weichen für die nachfolgende sehr interessante Diskussion stellten. Ich danke Herrn Anastassopoulos, dem Vizepräsidenten des Europäischen Parlaments, und Frau Freudenschuss, die auf der Konferenz von Peking den Vorsitz einer der beiden Ausschüsse führte, für ihre ausgezeichneten Beiträge.

In der Debatte waren 28 Delegationen mit 75 Mitgliedern vertreten, die sich mit mehr als 30 Redebeiträgen an der Diskussion beteiligten.

Lassen Sie mich zu Beginn betonen, daß die derzeitige Situation in den Staaten der 12 Plus weitgehend homogen ist, obwohl mehrere Redner auf außergewöhnliche Umstände aufmerksam gemacht haben, die in den Ländern im Übergang existieren, wobei diese Länder ihrer Meinung nach eine Menge Nachholbedarf haben.

Ein beträchtlicher Teil der Diskussionen befaßte sich mit der Frage der positiven Diskriminierung, den Zielsetzungen und den Quoten. Es wurde die Ansicht vertreten, daß das politische Leben sein eigenes „Kastensystem“ besitze, in dem Frauen die untere Kaste bilden. Nur positive Diskriminierungsmaßnahmen könnten diese Situation ändern. Generelles Einvernehmen bestand dahin gehend, daß im Hinblick auf ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Männern

und Frauen in Regierungsstellen, Ausschüssen, Verwaltungsgremien und in den Parlamenten Zielvorgaben festgelegt werden müßten. In einem der Vorschläge wurde gefordert, auch bei IPU-Tagungen eine gleichmäßige Vertretung von Männern und Frauen in den parlamentarischen Delegationen zu gewährleisten. Es bestand auch generelles Einvernehmen darüber, daß klar festgelegte Zielvorgaben für die Durchführung von Maßnahmen zur Herbeiführung eines ausgewogenen Verhältnisses zwischen Männern und Frauen notwendig sind.

Darüber hinaus gab es jedoch keinen Konsens für die Festlegung von Quoten für Frauen in Parlamenten. Es wurde mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß – falls die Durchführung anderer gezielter Maßnahmen während einer sofort beginnenden Übergangszeit von wenigen Jahren nicht zu einem deutlich besseren Gleichgewicht zwischen Männern und Frauen führen würde – Quoten unvermeidbar würden. Die meisten Redner sprachen sich für die Festlegung von Quoten in den politischen Parteien sowohl in den Regierungsgremien als auch auf den Wählerlisten während einer Übergangszeit aus. Ein weiteres Thema, das großen Raum in der Debatte einnahm, betraf die Tatsache, daß die bezahlte und unbezahlte Arbeit sehr ungleich zwischen Männern und Frauen verteilt ist. Es ist immer noch so, daß Frauen den Großteil der unbezahlten Arbeit erledigen – weitgehend die Hausarbeit – während Männer meistens einer bezahlten Tätigkeit nachgehen. Darüber hinaus haben kürzlich durchgeführte Untersuchungen ergeben, daß die Arbeitszeit von Frauen länger ist als die von Männern. Wenn Fortschritte bei der Vertretung von Frauen auf politischer Ebene erreicht werden sollen, müßten – so die nachdrückliche Forderung – Lösungen für dieses Problem gefunden werden, denn es sei davon auszugehen, daß die Beteiligung an den politischen Aufgaben ebenfalls viel Zeit erfordere. Es wurde daher vorgeschlagen, geeignete Vorschläge zur Behandlung dieses Problems auf die Tagesordnung der einzelnen Länder zu setzen, damit eine faire Verteilung der unbezahlten Arbeit auf Männer und Frauen herbeigeführt werden könne.

Zu Beginn der Debatte gab es Redebeiträge, die sich mit den legislativen Normen befaßten. Dabei wurde die Ansicht vertreten, daß es in allen europäischen Staaten eine ausreichende Zahl an Gesetzen und Bestimmungen gebe, daß es jedoch an der Umsetzung fehle. Einer der Redner wies darauf hin, daß zumindest einige der bestehenden Gesetze nicht so einfach umzusetzen seien und daß diese Gesetze daher geändert und verstärkt werden müßten. Andere Redner sprachen sich dafür aus, daß der Grundsatz der Gleichheit, so wie er im Zusatzprotokoll zur Menschenrechtskonvention des Europarates enthalten sei, in die nationalen Verfassungen aufgenommen werden müsse. Ein ähnlicher Vorschlag wurde auch im Hinblick auf den Vertrag von Maastricht gemacht.

Ein weiteres Thema, das von vielen Delegationen angesprochen wurde, war das der Finanzierung. Viele unterstützten den Vorschlag, daß in Staaten, in denen eine staatliche Finanzierung der politischen Parteien möglich ist, die Höhe der Finanzierung oder der Refinanzierung an den Prozentsatz der weiblichen Kandidaten gekoppelt sein sollte oder im Falle

der Refinanzierung an den Prozentsatz der gewählten Frauen. Es gab auch den Vorschlag, daß die Parlamente ihre internen Regelungen dahin gehend ändern sollten, daß die Finanzierung der im Parlament vertretenen politischen Parteien auf der Grundlage der Zahl ihrer Mandate erfolgen sollte, wobei eine zusätzliche Prämie für jede Abgeordnete dieser Gruppen gezahlt werden sollte.

Viele weitere Vorschläge befaßten sich direkt mit den politischen Parteien. Die politischen Parteien sollten vor allem ermuntert werden, Gleichberechtigung auf allen Ebenen zu gewährleisten. Über eine Vielzahl von Möglichkeiten könnten sie die Beteiligung von Frauen an der Politik erleichtern, wie z. B. durch die Veranstaltung von Treffen zu solchen Zeiten, die Frauen terminlich entgegenkommen, und das Angebot von Kinderbetreuungseinrichtungen. Einige Redner sprachen sich auch für die Schaffung von Frauengruppen oder Verbänden innerhalb der politischen Parteien aus, die als eine Art Lobbygruppe auftreten könnten. In einem anderen Vorschlag wurde gefordert, eine gewisse Kontrolle beim Nominierungsprozeß einzuführen, der nämlich eine weitere zu überwindende Hürde bei der Wahl von Frauen in die Parlamente darstelle.

Viele Delegierte unterstrichen die Bedeutung von Bildung und Fortbildung, und nachdem ich den Bericht über die inhaltliche Debatte, die gestern zu diesem Thema stattgefunden hat, gehört habe, kann ich bestätigen, daß viele dieser Punkte auch schon gestern aufgeworfen wurden. Ich möchte hier nur besonders erwähnen die nachdrückliche Bitte mehrerer Delegierter, daß die Regierungen die Bildungshaushalte nicht kürzen, da dies in erster Linie Frauen und Mädchen und die Programme, die auf ein Gleichgewicht zwischen Männern und Frauen abzielen, betreffen würde. Einige Delegierte wiesen auch auf die Notwendigkeit hin, im verstärkten Maße Studien durchzuführen und Forschung zu betreiben, um für diese Probleme ein besseres Verständnis herbeizuführen. Wenn dies auch für einige Länder zutreffen mag, so wurde doch immer wieder nachdrücklich betont, daß die Probleme bekannt seien. Das gelte auch für die Lösungen, und was jetzt wirklich erforderlich sei, seien Umsetzung und Überwachung.

Mehrere Delegierte sprachen auch die Frage der Medien an und griffen dabei andere Aspekte auf als am ersten Tag der Konferenz im Roundtable-Gespräch. Es wurde darauf hingewiesen, daß die Medien die Aufgabe hätten, die Demokratie aufbauend auf dem Grundsatz der Gleichheit von Männern und Frauen zu fördern. Hierzu gehöre auch, daß die Medien davon Abstand nehmen sollten, Frauen als Sexualobjekte und dem Mann unterlegene Wesen darzustellen. Es könne hilfreich sein, in bekannten Fernseh- und Radioserien Frauen darzustellen, die einer politischen Tätigkeit nachgehen. Damit könne die Botschaft vermittelt werden, daß es selbstverständlich sei, daß sich Frauen an der Politik beteiligen. Daneben sollte auch gezeigt werden, was diese Tätigkeit beinhalte.

Sprache spielt eine besondere Rolle, und von einem Redner wurden wir daran erinnert, wie wichtig es ist, eine geschlechtsneutrale Sprache sicherzustellen.

Ein weiterer Redner erwähnte die manchmal sehr auffälligen Abweichungen beim Wahlverhalten von Männern und Frauen und schlug vor zu untersuchen, welches die Gründe für das unterschiedliche Wahlverhalten von Männern und Frauen seien.

Immer wieder wurde in der Debatte darauf hingewiesen, daß es an der Zeit sei, Worte durch Taten zu ersetzen und daß diese Taten von jedem einzelnen von uns erwartet werden. Die Teilnehmer des Workshops schlugen daher vor, daß wir alle, wenn wir morgen diese Konferenz verlassen, uns verpflichten, ganz gezielte Maßnahmen nach unserer Rückkehr in unseren Ländern zu ergreifen. Dabei sollten wir in Betracht ziehen, die zahlreichen parlamentarischen Verfahren und Instrumente zu nutzen, die uns zur Verfügung stehen. Warum sollten wir nicht z. B. unsere jeweiligen Regierungen auffordern, uns schriftliche Fortschrittsberichte vorzulegen über das, was bereits erreicht wurde, und das, was zur Umsetzung der auf der Konferenz von Peking eingegangenen Verpflichtungen geplant ist. Ebenso sollten wir erwägen, den IPU-Aktionsplan, den wir vor fast drei Jahren verabschiedeten, weiter fortzuschreiben.

Am **Nachmittag** stellten die Moderatorinnen und Moderatoren der bis dahin durchgeführten Veranstaltungen, d. h. des Round Table mit den Medien, der großen thematischen Diskussionen und der regionalen Workshops in einer **weiteren Plenarsitzung** die Ergebnisse ihrer Arbeit vor.

Anschließend fand hierzu eine abschließende Aussprache statt.

5. Dienstag, den 18. Februar 1997

An diesem letzten Tag der Konferenz richtete zunächst der indische Premierminister, Shri H. D. Deve Gowda, sein Wort an die versammelten Delegierten. Er wies darauf hin, daß die generelle Bedeutung gleichberechtigter Partnerschaft von Männern und Frauen in allen Bereichen des Lebens zwar von niemandem in Abrede gestellt werde, es aber nach wie vor alte Muster und Strukturen gebe, die zu Diskriminierungen führten und die Verwirklichung von Gleichheit und gleichberechtigter Beteiligung von Männern und Frauen am politischen Leben behinderten. Auch in seinem Land existiere noch eine große Kluft zwischen dem in der Verfassung niedergelegten Prinzip gleicher Partnerschaft zwischen Männern und Frauen auf der einen und der aktuellen Situation von Frauen auf der anderen Seite. Nachdem in Indien den Frauen auf lokaler Ebene bereits ein Drittel der Sitze in den kommunalen Vertretungskörperschaften verfassungsmäßig garantiert sei, wolle man nunmehr ein Gesetz verabschieden, demzufolge ein Drittel der Sitze im Zentralparlament und in den Landesversammlungen für Frauen reserviert werden sollen. Allerdings – so der Premierminister – führten Gesetze allein nicht zu gesellschaftlicher Transformation. Vielmehr bedürfe es konsequenter Follow-up-Maßnahmen. Insoweit habe seine Regierung ein gemeinsames Minimalprogramm erstellt, das auf die Herstellung sozialer Gerechtigkeit u. a. durch Frauen-Empowerment abziele. Sein Ziel wie auch das seiner Regierung sei es, die Gleichheit von Männern und Frauen nicht nur de iure, sondern auch

de facto zu gewährleisten. Er jedenfalls werde in seiner Eigenschaft als indischer Premierminister alles tun, was erforderlich sei, um die gleichberechtigte Partnerschaft von Männern und Frauen in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens zu verwirklichen.

Zum Abschluß der Konferenz ergriff noch einmal der indische Konferenzpräsident, Shri P. A. Sangma, das Wort und faßte einige der wesentlichen Ergebnisse der Konferenz aus seiner Sicht zusammen.

Er sagte, die Beratungen hätten gezeigt, daß Frauen selbst häufig zögerten, in die Welt der Politik einzudringen, und diese als eine „unsaubere Sache“ betrachteten. Aber Politik sei eine der schönsten menschlichen Aktivitäten. Dies müsse auch Frauen vermittelt werden. Gleichmaßen aber müßten Männer auf ihre neue Rolle vorbereitet werden, die sie zwangsläufig in der Familie spielen müßten, wenn Frauen sich ihrerseits im öffentlichen Leben engagierten. Zur Unterstützung dieses Prozesses sei auch die Etablierung von Frauenquoten ein legitimes und – wie die praktische Erfahrung gezeigt habe – taugliches Instrument. Darüber hinaus könnten Reformen des Wahlrechts bzw. -systems in den Fällen erwogen werden, in denen hiervon Nachteile für Frauen ausgehen. Vor allem aber wolle er die Interparlamentarische Union ermutigen, ihre Bemühungen gerade auch im Hinblick auf die Förderung der Teilhabe von Frauen am politischen Leben fortzusetzen und ggfls. noch weiter zu verstärken. In diesem Zusammenhang halte er z. B. ein Gipfeltreffen aller Staats- und Regierungschefs zum Thema der politischen Teilhabe von Frauen für eine sinnvolle, wenn nicht notwendige Angelegenheit.

Im Anschluß an diese Worte verlas die in der IPU für Frauenfragen zuständige Mitarbeiterin des Internationalen IPU-Sekretariats in Genf, Christine Pintat, die Abschlusserklärung (s. Anlage).

III. Gespräche am Rande der Konferenz

Am Rande der IPU-Sonderkonferenz in Neu Delhi fanden außerdem zahlreiche mehr oder weniger informelle Gespräche der deutschen Abgeordneten mit Mitgliedern anderer Delegationen statt.

Neben den bereits unter II. 2b) erwähnten Gesprächen mit Vertretern der deutschen wie auch der indischen Presse verdienen insoweit insbesondere Treffen mit dem Leiter der israelischen Delegation, Meir Sheerit, sowie mit einer aus einem männlichen und zwei weiblichen Mitgliedern bestehenden Abordnung der iranischen Delegation Erwähnung. Während es in dem Gespräch mit Abg. Sheerit schwerpunktmäßig um den Status Israels in der Gruppe der Zwölf plus ging – Abg. Sheerit bekundete insoweit seinen Wunsch, den Beobachterstatus Israels in eine volle Mitgliedschaft umzuwandeln –, nutzte die Leiterin der deutschen Delegation, Abg. Fischer, das Gespräch mit den Iranern dazu, auch die beiden das deutsch-iranische Verhältnis belastenden Fälle, nämlich Salman Rushdie und den Fall Sarkuhi, anzusprechen.

Auf Einladung der britischen Parlamentarierin Dame Jill fand zudem am Rande der IPU-Konferenz von

Neu Delhi ein informelles ad hoc-Treffen wichtiger Mitglieder der Gruppe der Zwölf plus statt, an dem neben Dame Jill selbst die deutsche Abg. Leni Fischer sowie der isländische Abg. Geir Haarde, die schwedische Abg. Viola Furubjelke und der spanische Abg. Miguel Martinez teilnahmen.

Zunächst tauschten die fünf Abgeordneten ihre Gedanken hinsichtlich der zur Zeit in der IPU geführten Diskussion über eine Reform von deren Struktur und Arbeitsmethoden aus. Eine Arbeitsgruppe des Exekutivausschusses hatte hierzu einen Fragebogen sowie Vorschläge entwickelt und anschließend den nationalen Gruppen zur Stellungnahme zukommen lassen. Vor diesem Hintergrund stellten die fünf Abgeordneten übereinstimmend fest, daß Verbesserungen erforderlich seien, um die Interparlamentarische Union noch effektiver zu gestalten. Allerdings sollte es in den von den nationalen Gruppen erbetenen Stellungnahmen vermieden werden, ein allzu negatives Bild der derzeitigen IPU zu erzeugen. Vielmehr sollte positiv herausgearbeitet werden, wo es Spielräume für Verbesserungen und Effizienzsteigerungen gebe und wie diese verwirklicht werden könnten. In diesem Zusammenhang wurde der Vorschlag unterbreitet, eine zweitägige Sonderkonferenz des Interparlamentarischen Rates zu veranstalten, auf der diese Fragen diskutiert werden sollten.

Einig war man sich auch darin, daß es einer noch engeren Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen und ihren Unterorganisationen (UN Specialized Agencies) bedürfe, um die Interparlamentarische Union tatsächlich zum „parlamentarischen Arm“ der Vereinten Nationen zu entwickeln und somit auch im internationalen Bereich für eine wirksame parlamentarische Kontrolle der Exekutive zu sorgen.

Auch der im Bericht bzw. Fragebogen der Arbeitsgruppe des Exekutivausschusses enthaltene Vorschlag, anstelle von Interparlamentarischem Rat und Exekutivausschuß ein neues Gremium einzusetzen, wurde von allen Anwesenden übereinstimmend gutgeheißen. Allerdings müsse dieses neue Gremium dann auch wirklich die politische Leitung übernehmen und dürfe dieses nicht – wie bislang – dem Generalsekretär überlassen.

Darüber hinaus regte Abg. Martinez an, die Gleichberechtigung von Männern und Frauen in Zukunft noch stärker als eine Frage der Menschenrechte und demokratischer Entwicklung herauszustellen und zu einem ständigen Thema der Interparlamentarischen Union zu machen. In diesem Zusammenhang sei zu überlegen, ob man nicht die Statuten der IPU dahingehend ändern wolle, daß die nationalen Parlamente selbst – und nicht wie bisher die nationalen Gruppen – Mitglieder der IPU seien und dann darauf verpflichtet werden könnten, künftig nur noch (gleichgewichtig) aus Männern und Frauen bestehende Delegation zu den Konferenzen der Union zu entsenden.

Weiteres Thema des informellen Treffens war die Wahl des nächsten IPU-Generalsekretärs, die im Herbst 1998 – im Hinblick auf eine Amtsaufnahme am 1. Januar 1999 – ansteht.

Dame Jill berichtete insoweit von einem Gespräch, das sie am Vorabend mit Pierre Cornillon, dem derzeitigen Amtsinhaber, geführt und das bei ihr den Eindruck hinterlassen habe, daß man beabsichtige, die Position ohne vorherige Ausschreibung sozusagen „unter der Hand“ zu besetzen. Dieses müsse nach ihrer Überzeugung unter allen Umständen vermieden und für eine ordnungsgemäße Ausschreibung gesorgt werden.

Hierin pflichteten ihr alle Anwesenden bei. Gerade da die Position in einer sehr entscheidenden Zeit für einen vielleicht längeren Zeitraum vergeben werde, müsse sie auf jeden Fall mit der bestmöglichen Person besetzt werden. Hierzu aber sei es erforderlich, die Stelle auszuschreiben und auch alle nationalen Gruppen von der Vakanz zu unterrichten, damit sie die Möglichkeit haben, eigene Bewerberinnen oder Bewerber zu benennen. Nur auf diese Weise könne sichergestellt werden, daß hinsichtlich des neuen Generalsekretärs eine wirkliche Auswahl bestehe. Dieses aber sei nötig, damit der neue Amtsinhaber über die größtmögliche Legitimation verfüge.

Abg. Fischer verwies darauf, daß man seinerzeit im Exekutivausschuß – im Zusammenhang mit der Wiederwahl Pierre Cornillons – beschlossen habe, rechtzeitig vor Ablauf dessen vierjähriger Amtsperiode die Position des Generalsekretärs auszuschreiben und dadurch allen an dieser Position Interessierten die Möglichkeit zur Bewerbung zu geben. Man habe sogar darüber gesprochen, daß Kriterien aufgestellt werden müßten, anhand derer aus dem Kreis der Bewerberinnen und Bewerber die am besten geeignete Person ausgewählt werden sollte. Abg. Fischer versprach den Teilnehmern des informellen Treffens, ihnen die entsprechenden Protokollauszüge zukommen zu lassen.

IV. Zusammenfassung

Mit der Interparlamentarischen Sonderkonferenz zum Thema „Auf dem Weg zur Partnerschaft zwischen Männern und Frauen in der Politik“ fand in Neu Delhi die erste große Folgekonferenz nach der IV. Weltfrauenkonferenz in Peking im Herbst 1995 statt.

Eineinhalb Jahre nach dieser Konferenz mußten die nunmehr in Neu Delhi versammelten Parlamentarierinnen und Parlamentarier feststellen, daß sich die Lage der Frauen – insbesondere im politischen Leben – nach wie vor nicht wesentlich verbessert hat. Nach dem Ergebnis einer unmittelbar vor Beginn der Konferenz veröffentlichten Studie der IPU werden weltweit gerade einmal 11,7 % der Parlamentssitze von Frauen eingenommen. Vor diesem Hintergrund waren sich die Konferenzteilnehmer darin einig, daß es eines neuen Gesellschaftsvertrages bedürfe, der

die gleichberechtigte und sich wechselseitig ergänzende Teilhabe von Männern und Frauen am politischen Leben gewährleistet. Frauenrechte seien Menschenrechte, und erst wenn sie verwirklicht seien und Frauen das politische Leben in demselben Maße mitgestalteten wie Männer, könne von einer wirklich demokratischen Gesellschaft die Rede sein.

Keine Einigkeit konnten die Delegierten darüber erzielen, ob hierzu die Einführung bzw. Verwendung von Quotierungen erforderlich ist. Eine Mehrheit der Konferenzteilnehmer befürwortete es, dieses Instrument zumindest als temporäre Maßnahme zum Abbau des gegenwärtigen dramatischen Ungleichgewichts einzusetzen. Nur über Quoten auf allen Ebenen des politischen Lebens könne erreicht werden, daß Frauen die ihnen zustehende gleichberechtigte Teilhabe in den politischen Parteien, in Parlament, Regierung und Verwaltung sowie in internationalen Organisationen auch tatsächlich gewährt werde.

Über diese eher grundsätzlichen Erwägungen hinaus beschäftigten sich die in Neu Delhi versammelten Parlamentarierinnen und Parlamentarier schwerpunktmäßig mit den Bereichen Schulungsmaßnahmen für Frauen im Hinblick auf politisches Engagement und Wahlkampf, der Frage der Finanzierung von Wahlkämpfen von Frauen sowie dem Bild der Frau als Politikerin in den Medien. In allen diesen Bereichen ließen die Delegierten es nicht bei einer Bestandsaufnahme und Analyse der bestehenden Verhältnisse bewenden, sondern legten großen Wert darauf, konkrete Vorschläge und Empfehlungen zur Überwindung des derzeitigen Ungleichgewichts zu unterbreiten. Diese sind in die am letzten Konferenztag von dem Sprecher des indischen Unterhauses, Shri P. A. Sangma, in seiner Eigenschaft als Konferenzpräsident verlesenen Abschlußerklärung eingegangen und bieten somit ein gutes Fundament für die Fortsetzung der Diskussionen im nationalen und im internationalen Rahmen.

Die Konferenz ist in Indien selbst, wo zur Zeit über die Einführung einer Frauenquote in Höhe von 30 % der Sitze im Zentralparlament und in den Landesversammlungen diskutiert wird, aber auch im Ausland auf großes Interesse und breite Resonanz gestoßen. Das hat sich in der nationalen und internationalen Berichterstattung entsprechend niedergeschlagen. Welch große Bedeutung die Inder dieser Konferenz beigemessen haben, zeigt sich nicht zuletzt auch an der fast durchgängigen Teilnahme hochrangiger indischer Staats- und Regierungsvertreter, darunter Präsident Shanker Dayal Sharma, Vizepräsident Shri K. R. Narayanan und Premierminister Shri H. D. Deve Gowda. Auch hat die ausgezeichnete Organisation durch die indische IPU-Gruppe und die Mitarbeiter des indischen Parlaments wesentlich zum erfolgreichen Ablauf und zum Gelingen dieser IPU-Tagung beigetragen.

Leni Fischer, MdB

Ulla Schmidt, MdB

Zusammenfassung der Debatte und der wichtigsten Vorschläge

1. Ist eine partnerschaftliche Zusammenarbeit von Männern und Frauen in der Politik möglich? Stellt sie eine Quelle einer weitergehenden und repräsentativeren Demokratie dar? Wie kann man zu einer solchen partnerschaftlichen Zusammenarbeit kommen? Welchen Nutzen kann die Gesellschaft insgesamt aus dieser neuen Art, die politische Verwaltung eines Staates zu verstehen und umzusetzen, ziehen?
2. Dieses sind die Fragen, zu deren Behandlung uns die Interparlamentarische Union aufrief und zu deren Diskussion das indische Parlament, das sich zur Zeit mit diesem Thema befaßt, Sie hier nach Neu Delhi eingeladen hat.
3. Natürlich wurde unsere gesamte Arbeit von den Ergebnissen der 4. Weltfrauenkonferenz in Peking im September 1995 inspiriert. Unser Treffen hatte zum Ziel, den dort begonnenen Prozeß fortzusetzen und die Umsetzung der bei diesem Anlaß von den Regierungen eingegangenen Verpflichtungen sicherzustellen. Im Verlauf unserer Debatten haben wir den Inhalt der Parlamentarischen Erklärung von Peking und den IPU-Aktionsplan erweitert und vertieft, um das derzeitige Ungleichgewicht bei der Beteiligung von Männern und Frauen am politischen Leben zu beseitigen.
4. Während der viertägigen intensiven Debatten haben wir sowohl unsere unterschiedlichen Erfahrungen ausgetauscht als auch insgesamt unsere Überlegungen, Zweifel und Vorschläge eingebracht. Als Anregung für unsere Diskussionen hatte die Interparlamentarische Union eine internationale vergleichende Studie und ein Poster mit dem Titel „Männer und Frauen in der Politik: Demokratie noch im Anfangsstadium“ vorbereitet, die ein unersetzliches Hilfsmittel für alle Überlegungen darstellen.
5. Die Interparlamentarische Union und das indische Parlament hatten sich für ausgewogen besetzte Delegationen ausgesprochen. Ich bin besonders stolz, hier feststellen zu können, daß die 78 nationalen Delegationen, die an der Konferenz teilnahmen, aus 121 Männern und 119 Frauen bestanden. Meines Wissens hat es noch nie zuvor eine internationale Konferenz mit einer so ausgewogenen Beteiligung gegeben, nie zuvor wurde durch eine Konferenz über ein Frauen betreffendes Thema ein derartiger Dialog zwischen Partnern ermöglicht, die nicht nur gleichberechtigt, sondern auch zahlenmäßig gleich stark vertreten waren. Als Parlamentspräsident kann ich nur hoffen, daß alle unsere Parlamente und internationalen Tagungen so wie diese die Gesellschaften immer besser repräsentieren und von ausgewogener Beteiligung gekennzeichnet sein werden.
6. Ich möchte ebenfalls darauf hinweisen, daß wir die Gelegenheit hatten, über diese wichtige Frage einen Dialog mit Männern und Frauen mit unterschiedlichstem kulturellem und politischem Hintergrund zu führen. Auf der Konferenz waren Vertreter von 133 Parteien sowie neun unabhängige Teilnehmer anwesend.
7. Die Tatsache, daß auch Nichtregierungsorganisationen durch Männer und Frauen vertreten waren, die sich aktiv an den Diskussionen beteiligten, erwies sich als große Bereicherung der Konferenz. Mehrfach wurde deutlich, wieviel sie dazu beitragen, Demokratie mit ausgewogener Beteiligung von Männern und Frauen möglich zu machen; sie sollten aus diesem Grunde Ermutigung und Unterstützung für ihre in den unterschiedlichsten Bereichen wichtige Arbeit erfahren. Insbesondere war man auch der Auffassung, daß es von größter Bedeutung ist, daß diese Männer und Frauen den politischen Prozeß weiterhin mit noch größerer Wachsamkeit verfolgen.
8. Da Politik immer stark in der Gesellschaft verwurzelt ist und das jeweils vorherrschende Wertesystem dieser Gesellschaft widerspiegelt, ergab sich aus unseren Diskussionen ein klarer Konsens darüber, daß der Aufbau von partnerschaftlichen Strukturen in der Politik in engem Zusammenhang mit der Ausprägung solcher Strukturen im allgemeinen gesellschaftlichen Umfeld steht. Zweifelsohne ist dies auch der Grund, aus dem die Interparlamentarische Union erneut darauf hinweist, daß ihrer Auffassung nach in modernen demokratischen Gesellschaften tatsächlich ein neuer Sozialvertrag entwickelt werden muß, auf dessen Grundlage Männer und Frauen sich in ihrer gleichberechtigten Arbeit ergänzen und gegenseitig von den Unterschieden zwischen ihnen profitieren.
9. Um die bestehenden Defizite zu beheben, bedarf es eines grundlegenden Prozesses des Umdenkens sowohl bei Männern als auch bei Frauen. Das Ergebnis wäre eine positive Veränderung der Grundhaltung gegenüber Frauen und damit eine neue Ausgewogenheit in der Gesellschaft im allgemeinen und der Politik im besonderen.
10. Selbstverständlich müssen die politischen Rechte von Frauen im Zusammenhang mit den Menschenrechten insgesamt gesehen werden und sind keinesfalls von ihnen zu trennen. Politiker und Politikerinnen, Regierungen und Parlamente müssen ihre Bemühungen in den Dienst der Anerkennung dieser Rechte und die Umsetzung der entsprechenden internationalen Instrumente stellen.
11. Es geht im Grundsatz um die Demokratie als solche.

12. Wir scheinen noch weit von einer Welt entfernt zu sein, in der die Verhältnisse in den Leitungsgremien unserer Parteien, die ja eine sehr wichtige Rolle im politischen Leben spielen, sowie in den Regierungen und Parlamenten die tatsächliche Situation in unseren Gesellschaften in bezug auf das Verhältnis von Männern und Frauen widerspiegeln. Fast alle Teilnehmer wiesen darauf hin, daß die Verfassung in ihrem Land die Gleichberechtigung von Männern und Frauen in allen Lebensbereichen garantiert. Alle Redner bestätigten allerdings auch, daß im politischen Leben bei der Gleichberechtigung noch immer eine riesige Kluft zwischen den gesetzlichen Rahmenbedingungen und der tatsächlichen Praxis besteht.
13. Es wurde jedoch in den vielen unserer Beiträge auf unterschiedliche Art und Weise geltend gemacht, daß die Integration von Frauen auf allen Ebenen des politischen Lebens die Demokratisierung des politischen Prozesses vorantreibt und daß Frauen ihrerseits auch der Auffassung sind, daß die Demokratie ihnen die Möglichkeit bietet, sich besser in diesen politischen Prozeß zu integrieren.
14. Es wurde bekräftigt, daß die Gesamtsituation, wie bereits in einer Studie der Vereinten Nationen ausgeführt, eine erhebliche Verbesserung erfahren würde, wenn die Zahl der Frauen in den Parlamenten auf ein bestimmtes Minimum angehoben werden könnte. Eine solche „kritische Masse“ wurde bei 30 % angesetzt, eine Zahl, die in den Erfahrungen der nordischen Länder begründet ist. Solange allerdings Parteien nicht genügend Frauen, die wirklich eine Chance haben, gewählt zu werden, als Kandidatinnen aufstellen, dürfte diese „kritische Masse“, ganz zu schweigen von einer wirklichen Ausgewogenheit, in den Parlamenten wohl kaum erreicht werden.
15. Die Parteien wurden aufgefordert, sich den Frauen und ihren Forderungen gegenüber stärker zu öffnen. Frauen sehen sich tatsächlich mit großen Schwierigkeiten konfrontiert, wenn sie sich um eine Position in Parteistrukturen bewerben, die sich auf der Grundlage von männlich bestimmten Kriterien entwickelt haben und immer noch entsprechend funktionieren.
16. Viele Teilnehmer sprachen sich für eine Einführung eines Quotensystems aus, um den Zugang von Frauen zu den Führungsgremien von Parteien, in denen sie zur Zeit mit durchschnittlich kaum 10 % vertreten sind, zu fördern.
17. Über die Einführung solcher Quoten war die Meinung geteilt. Diejenigen, die sich dafür aussprachen, wiesen auf die Notwendigkeit hin, solche Quoten dann auch auf allen Entscheidungsebenen einzuführen: für Parteien, Parlament, Regierung und Verwaltung. Wir sind uns darüber im klaren, daß solche Quoten ein notwendiges Übel sind. Man sollte sie nur vorübergehend anwenden, um das derzeitige dramatische Ungleichgewicht zwischen Männern und Frauen zu beheben, und sie dann, sobald der gewünschte Effekt erreicht ist, wieder abschaffen.
18. Es ergab sich ein klarer Konsens darüber, daß derartige Quoten bei der Aufstellung von Kandidaten und nicht beim Ergebnis von Wahlen ansetzen sollten und von den Parteien und nicht vom Parlament umzusetzen seien, auch wenn eine gesetzliche Regelung den Vorteil hätte, daß sie für die Parteien bindend wäre. Zudem war man der Auffassung, daß zur Abschwächung der diskriminierenden Wirkung solcher Quoten, welche für viele ein Grund zur Besorgnis war, die Quoten für Männer wie für Frauen gelten sollten.
19. Eine Reihe von Delegierten wies zudem auf die Notwendigkeit anderer Mechanismen hin, etwa, wenn dieses angemessen erscheint, die Festlegung einer Mindestanzahl von Sitzen für Frauen in kommunalen und nationalen Vertretungen, um auf diese Weise die ungleichen Chancen bei der Wahl auszugleichen.
20. Unter Bezugnahme auf Parlamentswahlen führten viele Delegierte aus, daß das Verhältniswahlrecht oder gemischte Wahlsysteme Frauen wesentlich bessere Chancen böten, gewählt zu werden als das reine Verhältniswahlrecht. Die Parteien wurden dann jedoch aufgefordert, in jedem Fall sicherzustellen, daß Frauen, insbesondere bei geschlossenen Parteilisten, gute Listenplätze bekommen und in Wahlkreisen aufgestellt werden, in denen die Aussichten für sie gut sind.
21. Die Parteien wurden zudem angehalten, Maßnahmen zur Förderung der ausgewogenen Beteiligung von Männern und Frauen bei Parteiaktivitäten umzusetzen und dabei die familiären Verpflichtungen der Geschlechter zu berücksichtigen. Gerade an dieser Stelle wiesen viele Redner auf die Bedeutung von Kindertagesstätten und Kindergärten sowie andere materielle Möglichkeiten hin, die bereitgestellt werden sollten, damit die unterschiedlichen Anforderungen des politischen und familiären Lebens miteinander vereinbart werden könnten. Vorgeschlagen wurde auch ein Vaterschaftsurlaub.
22. Wie ein Leitmotiv zog sich das Thema Bildungs- und Aufklärungsmaßnahmen für Frauen durch alle Diskussionen. Praktisch alle Redner und Rednerinnen erwähnten sie als eine der grundlegenden Voraussetzungen für die Integration der Frau in das politische Leben. Diese Aufklärungsarbeit sollte bei Männern ebenso wie bei Frauen geleistet werden, um die bestehenden patriarchalischen Denkstrukturen zu durchbrechen.
23. Außerdem wurde in der Debatte besonders ausführlich auch auf besondere Bildungsmaßnahmen für Frauen zur Vorbereitung auf politische Aufgaben und Wahlkampfanforderungen eingegangen. Es liegt auf der Hand, daß allgemeine Bildungsarbeit zu diesen Themen sowohl für Männer als auch für Frauen notwendig ist, doch ergab sich aus der Debatte die Auffassung, daß Frauen besonderer vorbereitender Maßnahmen

bedürfen. Diese sollten sich auf drei Bereiche konzentrieren:

Als erstes ist darauf zu achten, daß der Ausübung staatsbürgerlicher Rechte schon in der Schule große Bedeutung beigemessen wird, daß die Teilnahme am politischen Prozeß also nicht darauf beschränkt wird, mehr oder weniger regelmäßig bei Wahlen den Stimmzettel abzugeben. Stattdessen sollte klar werden, daß sie ein langfristiges Engagement und einen aktiven Beitrag zum Aufbau einer gerechteren Gesellschaft bedeutet.

Wichtig ist auch die Tatsache, daß es zur Ausübung des aktiven Wahlrechts und zur Bewältigung von Wahlkämpfen einer Reihe von Voraussetzungen bedarf: des notwendigen Selbstbewußtseins sowie des entsprechenden Durchhaltevermögens, der materiellen und logistischen Unterstützung der Partei sowie der Unterstützung durch informelle Netzwerke und natürlich, schließlich und endlich, auch des Vertrauens der Wähler.

Weiter geht es darum zu lernen, wie die bestehenden parlamentarischen Verfahren zu nutzen sind, um die durch die Wahl eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen.

24. Andere wichtige Empfehlungen, die in der Debatte ausgesprochen wurden, bezogen sich u. a. auf folgende Aspekte:

Sowohl Männer als auch Frauen sollten entsprechende Bildungsmaßnahmen durchlaufen. Diese sollten von Männern und Frauen geleitet werden.

Die Verantwortung für derartige Bildungsmaßnahmen ist von unterschiedlichen Bereichen zu übernehmen. Die Parteien sollten Kandidatinnen mobilisieren und motivieren und Bildungsmaßnahmen organisieren, die ihren Bedürfnissen entsprechen. Den Universitäten und Nichtregierungsorganisationen sowie den Vereinigungen, insbesondere den Frauenvereinigungen, kommt ebenfalls große Bedeutung zu. Sie verfügen über ein Potential von Männern und Frauen, die ihren großen Erfahrungsschatz an andere weitergeben können. Auch die Parlamente haben eine wichtige Funktion zu übernehmen, indem sie die neu gewählten Abgeordneten bei der Vorbereitung auf ihre parlamentarischen Aufgaben unterstützen.

Die Bildungs- und Aufklärungsarbeit sollte sich auf Themenbereiche wie Regierung, Entwicklung der Demokratie und Probleme im Zusammenhang mit dem sozialen Beziehungsgeflecht zwischen Männern und Frauen konzentrieren und Fragen wie Kommunikation, Wahlkampforganisation, Arbeit mit Freiwilligen, Medien und Nichtregierungsorganisationen sowie die Rolle der Parteien behandeln. Besondere Bedeutung kommt hier dem Komplex „Staatshaushalt“ zu, damit die Teilnehmer die verschiedenen Komponenten erfassen und selber analysieren können, inwieweit dieser den Bedürfnissen von Frauen Rechnung trägt.

Bei den Maßnahmen zur politischen Bildung ist die den Menschenrechten zugrunde liegende Philosophie zu vermitteln. Rollenklischees sind zu bekämpfen und die Gesamtmaßnahmen sollten durch Bildungsinhalte in den Bereichen Rechts- und Politikverständnis abgerundet werden.

25. Es wurde vorgeschlagen, ein internationales Handbuch mit den Adressen von Institutionen zu erstellen, die im Bereich politische Bildung für Frauen einen Beitrag leisten können. Auch sollten Handbücher oder zusätzliche Module speziell für Politikerinnen zusammengestellt werden. Zudem wies man darauf hin, daß die Veröffentlichung derartiger Handbücher wie der in diesem Zusammenhang relevanten staatlichen Texte (Wahlgesetze etc.) in den jeweiligen Landessprachen eine große Hilfe wäre, insbesondere in großen Gesellschaften mit unterschiedlichen ethnischen Gruppen und Sprachgemeinschaften. Mehrere Delegierte erwähnten dabei die Tatsache, daß Bildungs- und Aufklärungsmaßnahmen von besonderer Bedeutung sind, wenn es darum geht, Frauen zu helfen, ihren Mangel an Selbstbewußtsein, der sie nur zu oft daran hindert, politisch aktiv zu werden, zu überwinden. Ebenfalls angesprochen wurde die Bedeutung von speziellen Bildungsmaßnahmen für politisch aktive Arbeitnehmer.
26. Besondere Aufmerksamkeit wurde auch der Finanzierung des Wahlkampfs von Frauen geschenkt.
27. Mehrfach wurde die Aufforderung ausgesprochen, die immensen Kosten von Wahlkämpfen insgesamt zu reduzieren. So würde sicherlich eine ausgeglichene Ausgangsposition für Frauen geschaffen, doch bedürfte die Einhaltung der gesetzten Grenzen einer genauen Überwachung. Kostensenkungen dieser Art könnten nicht nur dadurch erzielt werden, daß man von vornherein ein Maximum für die Ausgaben festlegt, sondern auch durch eine einfache Verkürzung der Wahlkampfzeit. Es gab hier auch eine Reihe von Befürwortern von Preissenkungen für Wahlkampfspots in den Medien.
28. Viele Delegierte waren der Ansicht, daß Frauen von einem klareren und transparenteren System der Finanzierung sowohl bei den Nominierungs- als auch bei den endgültigen Wahlkämpfen nur profitieren könnten. Es wurde vorgeschlagen, daß alle Staaten, die noch nicht über entsprechende Bestimmungen verfügen, durch gesetzgeberische Maßnahmen alle denkbaren Möglichkeiten der Finanzierung, ob öffentlich, privatwirtschaftlich, durch Stiftungen oder von Privatleuten, genauestens regeln sollten.
29. Die allgemeine Knappheit oder das gänzliche Fehlen von Finanzmitteln für den Wahlkampf von Frauen führte zu einer Reihe von interessanten Empfehlungen:

Die Parteien sollten prinzipiell sicherstellen, daß mindestens ein Drittel der aufgestellten Kan-

didaten Frauen sind und daß sie auch ein Drittel der Mittel zur Finanzierung des Wahlkampfes erhalten.

Die Parteien und die internationalen Finanzinstitutionen wie etwa die Weltbank sollten einen Sonderfonds schaffen, der für Barzuschüsse oder zinslose Darlehen für Kandidatinnen bzw. für die Entschädigung für ihre Wahlkampfaufwendungen verwendet wird.

Das System, nach dem zumindest ein Teil der Wahlkampfkosten vom Staat übernommen wird, sollte allgemein eingeführt werden.

Überall, wo es öffentliche Parteienfinanzierung gibt, sollten Anreizsysteme geschaffen werden, d. h. die Kosten, die für den Wahlkampf vorher oder nachher erstattet werden, sollten vom Prozentsatz der weiblichen Kandidaten der Partei bzw. von den gewählten weiblichen Abgeordneten abhängig gemacht werden.

In den Ländern, in denen Fraktionen finanzielle Unterstützung erhalten, sollte eine zusätzliche Bonuszahlung vorgesehen werden, deren Höhe durch die Zahl der weiblichen Abgeordneten bestimmt wird.

Die Gründung von Stiftungen zur Finanzierung des Wahlkampfes von Frauen sollte ermutigt und gefördert werden.

30. Es wurde immer wieder darauf hingewiesen, daß in der Politik Engagement, aktive und kontinuierliche Präsenz und Überzeugungskraft einen Mangel auch an finanziellen Ressourcen wettmachen könnten und daß gute und ausführliche Berichterstattung seitens der Medien genauso wichtig für einen erfolgreichen Wahlkampf seien wie umfangreiche Finanzmittel.
31. Heutzutage spielen die Medien auch in der Politik eine wichtige Rolle. Weder Politiker noch Politikerinnen können es sich leisten, die Medien zu ignorieren oder zu unterschätzen. Aus diesem Grunde wurde auch das durch die Medien vermittelte Bild der Politikerin diskutiert. Wie Frau Dahl, die Präsidentin des schwedischen Parlaments und Moderatorin der sehr lebendigen Debatte zwischen den Vertretern der Medien und denen der Politik ausführte, wurde die Diskussion von den immer wieder behandelten Themen der Haßliebe zwischen Politik und Medien und dem Mangel an gegenseitigem Verständnis in bezug auf die jeweiligen Prioritäten und Problemstellungen dominiert. Die vorherrschende Meinung war, daß beide Seiten sich noch ein ganzes Stück aufeinander zu bewegen müssen, um zu einem Einvernehmen zu kommen.
32. Besonders hervorgehoben wurde die Notwendigkeit des Medientrainings für Frauen, damit diese die Abläufe und Prioritäten der Medien besser verstehen können und lernen können, wie Kommunikation am effizientesten zu gestalten ist. Für gewöhnlich konzentrieren die Medien ihre Aufmerksamkeit auf die Personen, die mit einer bestimmten Sache identifiziert werden, gleich, ob es sich um Männer oder Frauen handelt. Aller-

dings wurden die Medien aber auch aufgefordert, sich mit der Art und Weise zu befassen, mit denen sie Frauen im allgemeinen und Politikerinnen im besonderen darstellen und hier einen neuen Ansatz zu entwickeln. Wenn man sich seitens der Medien darüber klar wird, daß die Integration von Frauen in die Politik die Demokratie insgesamt stärkt, sollte man, da die Medien ja eine zunehmend wichtigere Rolle im demokratischen Prozeß zu spielen haben, sich dafür einsetzen, diese Erkenntnis auf jede nur erdenkliche Weise zu verbreiten.

33. Die wichtigste Schlußfolgerung, die von uns gezogen wurde, ist die, daß es notwendig ist, eine radikale Bewußtseinsänderung herbeizuführen, so daß das Bild, das Politikerinnen von sich selbst vermitteln und das von den Medien verbreitet wird, sich nicht nur auf ihre Identität als Frau beschränkt, sondern sie als am politischen Leben aktiv Beteiligte darstellt.
34. Es wurde eine Reihe von konkreten Vorschlägen gemacht, die im folgenden zusammengefaßt sind.

Parlamente und Parteien sollten PR-Sitzungen über das Bild der Politikerin in den Medien organisieren.

Behörden sollten ihre Kommunikationspolitik umgestalten, um dem sozialen Ungleichgewicht zwischen Männern und Frauen besser Rechnung zu tragen und ein präziseres Bild der Frau in der Politik zu vermitteln.

Journalisten sollten sich bei Berichten über politische Themen bemühen, nicht nur männliche Politiker zu interviewen.

Jedes Jahr sollte ein Preis an diejenigen Presseorgane verliehen werden, die sich durch besonders unparteiische Berichterstattung über Politiker und Politikerinnen auszeichnen.

35. Mehrere Delegierte wiesen darauf hin, daß für Politikerinnen die Bildung von nationalen und regionalen Netzwerken von großer Bedeutung ist. Auch erwähnte man den möglichen Einfluß von erfahrenen Politikerinnen mit einer Vorbildfunktion, den diese nutzen könnten, um andere Frauen zu ermutigen, politisch aktiv zu werden.
36. Es wurde ausgeführt, daß nationale Frauenkommissionen, die überall dort zu gründen wären, wo derartige Organisationsformen bisher noch fehlen, diese Aufgabe übernehmen könnten. Allgemein herrschte die Auffassung, daß eine erhebliche Einflußnahme möglich sein könne, wenn Parlamentarierinnen sich in konzentrierter Aktion dafür einsetzten, daß politische Maßnahmen in allen Bereichen stets auch die frauenspezifischen Belange berücksichtigen. Die Rolle von Netzwerken bei der Vorbereitung neu gewählter Parlamentarierinnen auf ihre Aufgabe wurde ebenfalls hervorgehoben. Allgemein war man der Meinung, daß die Entwicklung, die seit der Konferenz von Peking und in den letzten Tagen durch diese Konferenz erfolgt sind, noch erfolgreicher werden könnten, wenn man Regionaltref-

fen auf Parlamentarierebene abhalten würde, um spezifische Einzelheiten zu diskutieren.

37. Es wurde empfohlen, daß jeder Staat einen multidisziplinären Beirat als Überwachungsorgan einsetzen sollte, um sicherzustellen, daß den Interessen und Bedürfnissen von Frauen in allen Bereichen Rechnung getragen wird.
38. Bezüglich möglicher parlamentarischer Aktionen wurde die Gründung besonderer Ausschüsse zur Überwachung der Einhaltung von nationalen, internationalen und regionalen Bestimmungen zur Wahrung der Rechte von Frauen, oder auch Ausschüsse für Frauenfragen, angeregt. Den Parlamenten kommt hier die Aufgabe zu, Gesetze zur Umsetzung der Rechte von Frauen zu verabschieden. Sie sollten zudem zusammen mit den Regierungen Strategien erarbeiten, die darauf abzielen, die Gleichberechtigung von Männern und Frauen voranzutreiben. Die Mitglieder der Parlamente sollten auch Nichtregierungsorganisationen von Frauen unterstützen.
39. Der Erfolg dieser Konferenz hat uns dazu ermutigt, der Interparlamentarischen Union zu empfehlen, alles Erdenkliche zu tun, um sicherzustellen, daß die Konferenzergebnisse und die nachfolgenden Bemühungen einer breiten Öffentlichkeit vermittelt werden, um so die entsprechenden Aktivitäten zur Förderung der Integration von Frauen in das politische Leben voranzutreiben.
40. Ein Aspekt dieser Integration ist das zahlenmäßige Gleichgewicht von Männern und Frauen bei der Arbeit in allen internationalen Gremien. Insbesondere im Hinblick auf die IPU werden die Parlamente der Mitgliedstaaten dringend ersucht sicherzustellen, daß die Bestimmungen von

Artikel 11.1 der Satzung der IPU strikt befolgt werden.

41. Als konkrete Folgemaßnahme des kürzlich unterzeichneten Abkommens über die Zusammenarbeit zwischen der IPU und den Vereinten Nationen wurde auch die Intensivierung dieser Zusammenarbeit mit der Kommission für die Rechtsstellung der Frau befaßt, angeregt.
42. Des weiteren wurde vorgeschlagen, in Zusammenarbeit mit den entsprechenden regionalen Institutionen Treffen ähnlich der Konferenz von Neu Delhi auch auf regionaler Ebene abzuhalten. Die IPU wurde dazu ermutigt, weiterhin wissenschaftliche Untersuchungen und vergleichende Studien entsprechend der, die auf der Konferenz vorgelegt worden war, durchzuführen. Angeregt wurde auch, daß solche Forschungsinitiativen zu Themen wie etwa „Politikerinnen und Medien“ mit Unterstützung der UNESCO umgesetzt werden könnten.
43. Abschließend soll noch einmal darauf hingewiesen werden, daß die Unausgewogenheit bei der Beteiligung von Männern und Frauen in der Politik nicht zu leugnen ist, daß sich hier ein Konsens bei Männern und Frauen im Hinblick auf die dringende Notwendigkeit entwickelt hat, diese Situation zu bereinigen und daß praktische Lösungsvorschläge bereits vorliegen. Es bleibt die Aufgabe, eine nachhaltige Mobilisierung des politischen Willens zu erreichen, um den Worten auch Taten folgen zu lassen. Hierin liegt nun unsere gemeinsame Verantwortung, und ich möchte an dieser Stelle in unser aller Namen unserer Entschlossenheit Ausdruck verleihen, dieser Verantwortung voll und ganz gerecht zu werden. Es geht um die Demokratie und die Entwicklung unserer Länder.

